

# Wochenbericht

## **Mehr Jobs, mehr Menschen:**

Seite **2**

### **Die Anziehungskraft der großen Städte wächst**

Die deutsche Bevölkerung schrumpft seit Jahren – gegen den Trend jedoch wachsen die großen Städte: Ob München, Hamburg, Berlin oder Frankfurt – sie alle profitieren seit einiger Zeit von mehr Jobs und einem Zuwachs an Einwohnern. Vor allem für junge hoch Qualifizierte werden die Metropolen immer attraktiver. Der Wochenbericht analysiert die Renaissance der Großstädte.

**Von Kurt Geppert und Martin Gornig**

## **„Die Stadtbevölkerung wächst gegen den Trend“**

Seite **11**

**Sieben Fragen an Martin Gornig**

## **Für den Euro: Sparen, sanieren, exportieren**

Seite **16**

**Kommentar von Klaus F. Zimmermann**

# Mehr Jobs, mehr Menschen: Die Anziehungskraft der großen Städte wächst

Kurt Geppert  
kgeppert@diw.de

Martin Gornig  
mgornig@diw.de

*Die großen Städte Deutschlands gewinnen sowohl als Wohnorte als auch als Unternehmensstandorte mehr und mehr an Attraktivität. Die Einwohnerzahlen sind zwischen 1999 und 2008 um fast drei Prozent gestiegen, während die Bevölkerung Deutschlands insgesamt leicht schrumpfte. Ähnlich ist die räumliche Verschiebung bei der Wirtschaft: In den vergangenen zehn Jahren nahm die Beschäftigung in den großen Städten um fast vier Prozent zu, in Deutschland insgesamt stagnierte sie. Die demographischen und ökonomischen Trends in die Städte bedingen sich gegenseitig. Schlüsselfaktor sind die gut ausgebildeten jungen Menschen, die den Jobangeboten der Unternehmen in die Städte folgen. Umgekehrt berücksichtigen aber auch immer mehr Unternehmen bei ihren Standortentscheidungen die Wohnortwünsche hoch Qualifizierter, da Know-how knapp ist.*

*Die neue Attraktivität der Großstädte zieht gerade besser verdienende junge Bevölkerungsschichten zurück in die Stadt. Ein zentrales Problem vieler dieser Menschen ist es, berufliche Interessen und den Familienwunsch in Einklang zu bringen. Städte können deshalb den neuen Trend in der Wohnortwahl umso eher für sich nutzen, wenn sie bessere Bedingungen für eine gute Kinderbetreuung schaffen. Gleichzeitig können geeignete städtebauliche Maßnahmen soziale Konflikte entschärfen, die sich aus Verdrängungseffekten in den besonders attraktiven Innenstadtquartieren ergeben können.*

„Better City, Better Life“ ist das Motto der Weltausstellung 2010 in Shanghai. Ein wesentliches Motiv für diese Themenwahl dürften die drängenden sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Probleme in den stark wachsenden Megastädten vieler Entwicklungs- und Schwellenländer gewesen sein.

In den wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern steht die Stadtpolitik ebenfalls vor großen Herausforderungen. Die Städte nehmen dort aber in der räumlichen Entwicklung oft eine andere Position ein als in ärmeren Ländern. Moderne, flächendeckend ausgebaute Verkehrs- und Kommunikationsnetze sowie hohe Einkommen eröffnen Spielräume der räumlichen Dezentralisierung – für private Haushalte, die sich in weniger dicht besiedelten Regionen wohler fühlen, und für Unternehmen, denen städtische Standorte zu teuer sind. Für viele dieser Städte stellt sich weniger das Problem des Wachstums, sondern eher das des Schrumpfens.<sup>1</sup>

Inzwischen mehren sich jedoch die Anzeichen für eine Renaissance der großen Städte.<sup>2</sup> Dieser Entwicklung sind wir in der vorliegenden Untersuchung am Beispiel Deutschlands nachgegangen. Die dabei genutzten Daten reichen bis zum Jahr 2009, sodass auch die Auswirkungen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise berücksichtigt werden.

---

<sup>1</sup> Bucher, H., Mai, R.: Die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Europas. Informationen zur Raumentwicklung, 2008, 141–151.

<sup>2</sup> Für die USA Glaeser, E. L., Shapiro, J.: Is there a New Urbanism? The Growth of U.S. Cities in the 1990s. Harvard Institute of Economic Research. Discussion Paper 1925. Für Deutschland Geppert, K., Gornig, M.: Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 26/2003.

## Die Bevölkerung der Großstädte wächst gegen den Trend

Die Bevölkerung Deutschlands nimmt seit 2003 Jahr für Jahr ab. Ausgangspunkt ist, dass die Zahl der Geburten pro Frau in Deutschland seit langem bei nur 1,4 liegt. Damit ist jede Folgegeneration kleiner als die davor. Trotz verlängerter Lebenserwartung sterben mehr Menschen in Deutschland als neue geboren werden.<sup>3</sup> Dies wurde lange überdeckt durch hohe Außenwanderungsgewinne. Mit der Verschärfung der Zuzugsregeln im Asylrecht und dem abnehmenden Potential an Spätaussiedlern sind aber die Wanderungsgewinne Deutschlands immer mehr zusammengesmolzen.<sup>4</sup>

Neben der national abnehmenden Bevölkerung sind hohe regionale Disparitäten in der Bevölkerungsentwicklung zu beobachten. Entscheidend hierfür sind die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands. Im Blickpunkt der Öffentlichkeit standen dabei lange Zeit allein die Wanderungen zwischen den neuen und alten Bundesländern. Immer mehr sind jedoch auch Veränderungen der Binnenwanderungen zwischen hoch verdichteten Regionen und eher ländlich geprägten peripheren Räumen zu erkennen.<sup>5</sup>

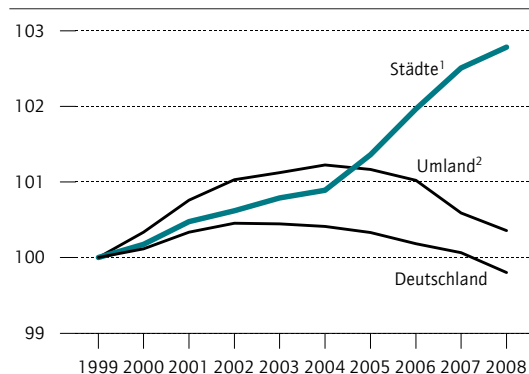
Besonders deutlich werden die Veränderungen in den regionalen Entwicklungsmustern, wenn man den Fokus auf die großen Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern richtet (Abbildung 1). Seit Ende der 90er Jahre entwickeln sich die großen Städte in der Summe nicht mehr schlechter, sondern besser als der nationale Durchschnitt. Vom beginnenden Schrumpfungsprozess 2003 waren die großen Städte nicht betroffen, sondern konnten sogar an Entwicklungsdynamik zulegen.

Ebenfalls anders als in der Vergangenheit können die großen Städte in der Summe auch ihr Umland weit hinter sich lassen. Seit 2004 geht dort sogar die Einwohnerzahl zurück. Der langjährige Trend zur Suburbanisierung der Bevölkerung scheint somit zumindest bei den großen Städten gebrochen. Welche Faktoren hinter dieser Entwicklung stehen, ist allerdings umstritten. Ebenso die Frage, ob diese

Abbildung 1

### Bevölkerung in Deutschland

Index 1999 = 100



**1** Kreisfreie Städte mit mehr als einer halben Million Einwohnern.

**2** Das Umland der Städte besteht aus den Land- und Stadtkreisen im Einzugsbereich der jeweiligen Kernstädte.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. **DIW** Berlin 2010

Hatte bis 2004 das Umland noch den größten Bevölkerungszuwachs, sind es seit 2005 die Städte selbst.

Entwicklung ein vorübergehendes Intermezzo darstellt oder ob sie eine dauerhafte Reurbanisierung der Bevölkerung in Deutschland einleitet.<sup>6</sup>

## Die Stadtbevölkerung wird im Vergleich immer jünger

Um Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, was hinter der neuen Attraktivität der Städte als Wohnort steckt, haben wir untersucht, welche Bevölkerungsgruppen vermehrt in den großen Städten wohnen. Eine nach Altersgruppen differenzierte Auswertung der Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass die großen Städte im Vergleich zum nationalen Durchschnitt immer jünger werden (Abbildung 2). So nimmt die Zahl der Menschen unter 18 Jahren in den Städten nur halb so stark ab wie in Deutschland insgesamt. Gleichzeitig wächst die Zahl der 18- bis 25-Jährigen in den großen Städten nahezu doppelt so schnell wie im Durchschnitt der Republik. Noch größer sind die Unterschiede bei den 25- bis 30-Jährigen. Zudem haben sich hier die Vorzeichen verändert: Diese Bevölkerungsgruppe verzeichnet in den großen Städten mit über zwölf Prozent den höchsten Zuwachs. In

**3** Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung: Daten, Fakten und Trends zum demographischen Wandel in Deutschland. Wiesbaden 2008.

**4** Schulz, E., Hannemann, A.: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2050: Nur leichter Rückgang der Einwohnerzahl? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2007.

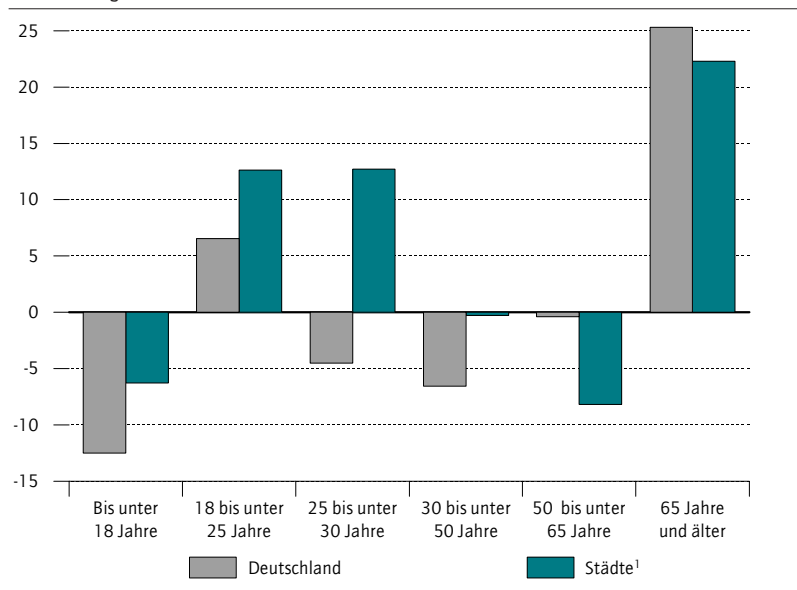
**5** Gatzweiler, H.-P., Schlömer, C.: Zur Bedeutung von Wanderungen für die Raum- und Stadtentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung, 3/4, 2008, 245–260; Maretzke, S.: Regionale Disparitäten – eine bleibende Herausforderung. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9, 2006, 473–484.

**6** Jekel, G., Frölich von Bodelschwing, F., Brühl, H., Echter, C.-P.: Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt. Edition DfU 8, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 2010; Siebel, W.: Wohnen in der Innenstadt. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 47, Heft 2008/1, 37–46; Maretzke, S. (Hrsg.): Zurück in die Stadt ist kein Selbstläufer. Wiesbaden 2007.

Abbildung 2

## Bevölkerung nach Altersgruppen

Veränderung von 1999 bis 2008 in Prozent



<sup>1</sup> Kreisfreie Städte mit mehr als einer halben Million Einwohnern.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

DIW Berlin 2010

**Die Alterung der Gesellschaft** macht zwar auch vor den Städten nicht halt, im Vergleich zu den übrigen Regionen aber verjüngen sie sich.

Deutschland insgesamt geht die Bevölkerung in dieser Altersgruppe um fast fünf Prozent zurück.<sup>7</sup>

Bei den älteren Jahrgängen sind die Entwicklungstrends spiegelverkehrt. Die Städte verlieren Personen im älteren erwerbsfähigen Alter und weisen nur unterdurchschnittliche Zuwächse bei den Rentnerjahrgängen auf. Die Städte haben also nicht nur wie gewohnt Menschen im ausbildungsrelevanten Alter an sich binden können, sondern sie haben relativ zum Durchschnitt auch ihr Erwerbspersonenpotential verjüngt.

### München, Dresden und Leipzig wachsen am stärksten

Die dargestellten Tendenzen gelten allerdings nicht für alle Städte in gleichem Ausmaß (Tabelle 1). Über den Zeitraum von 1999 bis Ende 2008 weist München mit einem Bevölkerungszuwachs von über elf Prozent mit Abstand die höchste Dynamik auf. Danach folgen die beiden ostdeutschen Großstädte Dresden (sie-

<sup>7</sup> Dass die Städte relativ jünger werden, heißt auch, dass ihr Geburtenpotential steigt. Tatsächlich lässt sich beobachten, dass die Zahl der Geburten von 1999 bis 2008 in den Städten gestiegen, in Deutschland insgesamt aber gefallen ist. Die Geburten je Einwohner sind heute in den Städten deutlich höher als im nationalen Durchschnitt.

ben Prozent) und Leipzig (fünf Prozent). Die meisten anderen Städte weisen dagegen Zuwachsraten von drei bis vier Prozent auf. Wenig schwächer ist der Bevölkerungszuwachs mit fast 1,5 Prozent in Berlin und Bremen. Ihr Bevölkerungsniveau nicht halten konnten dagegen die Ruhrgebietsstädte Dortmund, Essen und Duisburg.

Die Entwicklung bei der Gesamtbevölkerung spiegelt im Wesentlichen auch die Veränderungen in den Altersgruppen wider. Exemplarisch ist hier die Bevölkerungsgruppe der 25- bis 30-Jährigen dargestellt. Besonders hohe Zuwächse erzielen in dieser Gruppe die Städte Dresden, Leipzig und München. Insbesondere die Zahl der Frauen nimmt dort mit rund 40 Prozent extrem stark zu. Mit über 15 Prozent ebenfalls sehr hoch sind die Zuwachsraten bei Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren in Frankfurt, Berlin, Köln und Hamburg.

Änderungen der Einwohnerzahlen in den Städten sind auf Verschiebungen in der Altersstruktur und auf regionale Wanderungsprozesse zurückzuführen. Ein Blick in die aktuelle Wanderungsstatistik zeigt, dass sich auch unmittelbar die Wanderungssalden zu Gunsten der großen Städte verschoben haben. Die höchsten Nettozuwanderungen zwischen 1999 und 2008 erzielten München und Hamburg, gefolgt von Berlin, das vor allem seit 2005 eine dynamische Bevölkerungsentwicklung aufweist. Aber auch die anderen großen deutschen Städte konnten insgesamt höhere Zu- als Abwanderungen verzeichnen – mit Ausnahme von Duisburg.

### Welche Städte werden betrachtet?

Die Analyse bezieht sich auf alle Städte Deutschlands, die in mindestens einem Jahr zwischen 1999 und 2009 mehr als 500 000 Einwohner hatten. Dies sind Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Bremen, Leipzig, Dresden, Nürnberg und Duisburg.

Hannover hat zwar mehr als eine halbe Million Einwohner, ist aber – anders als die übrigen Großstädte – keine kreisfreie Stadt. Da die Daten nur für Landkreise und kreisfreie Gemeinden zur Verfügung stehen, kann Hannover hier nicht berücksichtigt werden.

Betrachtet wird in dieser Untersuchung zudem das Umland der betreffenden Städte. In etlichen Fällen gehören dazu neben den angrenzenden Landkreisen auch kleine oder mittelgroße Städte, vor allem im Großraum Rhein-Ruhr.

Tabelle 1

### Bevölkerungsentwicklung und Wanderungen in Städten 2008

	Bevölkerung in 1 000 Personen	Index 1999 = 100			Kumulierte Wanderungssalden 1999 bis 2008 in 1 000 Personen		
		Insgesamt	Alter 25 bis 30 Jahre		Insgesamt	Alter 25 bis 30 Jahre <sup>1</sup>	
			Männlich	Weiblich		Männlich	Weiblich
Berlin	3 432	101,3	110,6	116,3	61,6	24,6	17,2
Hamburg	1 772	104,0	104,9	114,9	89,2	17,9	14,9
München	1 327	111,1	122,4	138,7	118,5	24,5	22,2
Köln	995	103,4	104,6	115,2	30,1	12,7	10,5
Frankfurt am Main	665	103,3	102,3	117,2	11,2	10,2	11,1
Stuttgart	600	103,0	100,1	110,7	16,7	6,8	5,4
Dortmund	584	99,0	98,4	102,6	9,7	1,2	0,2
Düsseldorf	584	102,7	101,5	110,5	25,9	8,9	8,6
Essen	580	96,7	98,0	100,7	2,7	2,4	1,7
Bremen	547	101,3	104,1	107,7	12,0	2,3	0,7
Leipzig	515	105,3	130,3	146,5	32,6	4,9	2,2
Dresden	512	107,5	134,2	141,9	39,3	4,4	1,9
Nürnberg	504	103,5	106,7	114,4	27,8	4,2	2,8
Duisburg	494	95,0	89,8	89,4	-13,0	0,8	0,2
<i>Nachrichtlich:</i> Deutschland	82 002	99,8	100,2	99,4	-	-	-

<sup>1</sup> 2002 bis 2008.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

**Auch nach Abschluss der Ausbildung** bevorzugen junge Menschen zunehmend das Leben in der Großstadt. Unter den 25- bis 30-Jährigen Stadtbewohnern ist vor allem die Zahl der Frauen gestiegen.

Der Großteil dieser Zuwanderungen wird durch die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen gespeist. Alle Großstädte weisen auch in der Bevölkerungsgruppe im Alter von 25 bis 30 Jahren Nettozuwanderungen aus. Berlin schneidet in dieser Altersgruppe relativ besser ab, während Leipzig und Dresden etwas zurückfallen. Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

### Was macht die großen Städte für die Menschen wieder attraktiv?

In den USA, in denen Ansätze einer Reurbanisierung bereits seit den 90er Jahren zu beobachten sind, wird insbesondere auf den Einfluss der Standortentscheidung von Migranten verwiesen.<sup>8</sup> Sie waren es, die vermehrt die regionalen Wanderungsströme dominierten und eine starke Präferenz für bestimmte Großstädte mit entsprechenden kulturellen Anknüpfungspunkten aufwiesen.<sup>9</sup> In Deutschland bestehen ebenfalls räumliche Konzentrationspunkte bestimmter Migrantengruppen in den großen Zentren. Anders als in den USA sind aber in Deutschland seit 1999

die Wanderungsströme immer weniger durch ausländische Zuwanderungen bestimmt.

Ein traditionell ebenso wichtiges Zuzugsmotiv in die großen Städte ist die Aufnahme einer weiterführenden Ausbildung, insbesondere an Hochschulen. Die großen Städte sind in der Regel auch große Hochschulstandorte und bieten zudem eine außerschulische Infrastruktur an, die junge Menschen offensichtlich anzieht. Gleichzeitig strebt eine immer höhere Zahl junger Menschen einen höheren Ausbildungsabschluss an. Gerade für den starken Bevölkerungszuwachs der großen Städte bei den 18- bis 25-Jährigen dürfte daher der Ausbildungsfaktor ausschlaggebend gewesen sein.

Die großen Städte gewinnen jedoch auch bei den Bevölkerungsjahrgängen, die in der Regel ihre Ausbildung abschließen oder abgeschlossen haben. Ein Grund dafür, dass diese Menschen mehr und mehr ein Großstadtleben bevorzugen, könnte in der Veränderung der Lebensstile liegen.<sup>10</sup> Ausdifferenzierte Angebote an privaten und insbesondere kulturellen Dienstleistungen, wie sie vorzugsweise in den großen Städten zu finden sind, bewegen die Menschen, auch nach der Ausbildung in den Innenstadtkartieren zu

<sup>8</sup> Geppert, K.: Räumliche Agglomeration der Wirtschaft – ein Phänomen von gestern? Eine Untersuchung für die USA. Kassel 2009.

<sup>9</sup> Fishman, R.: The Fifth Migration. Journal of the American Planning Association, 71 (4), 2005, 357–366.

<sup>10</sup> Siedentop, S.: Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. Informationen zur Raumentwicklung, 3/4, 2008, 193–210.

bleiben oder dorthin zu ziehen. Gleichzeitig werden in den Stadtzentren neue Wohnformen entwickelt, die auch für einkommensstarke Haushalte ein innenstadtnahes Leben attraktiv machen können. Hierzu zählen imagerträchtige Projekte wie die Hafencity in Hamburg, aber auch die Entwicklung von Einfamilienhaussiedlungen (Townhouses) auf innerstädtischen Brachflächen wie auf dem ehemaligen Berliner Viehhof.

Die wieder gewonnene Attraktivität der großen Städte als Wohnstandorte könnte aber auch Folge des weiter veränderten Erwerbsverhaltens von Frauen sein.<sup>11</sup> Es kommen nicht nur generell mehr junge Menschen wegen ihrer Ausbildung in die großen Städte, sondern es sind zunehmend auch Frauen, die insbesondere hier eine Hochschulausbildung absolvieren. Vor allem verschwinden diese nach ihrer Ausbildung immer weniger in der Hausfrauenrolle in den Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand. Vielmehr suchen sie vermehrt, die Verbindung beruflicher und privater Interessen in den hoch verdichteten Zentren der großen Städte zu verwirklichen.

Entscheidend für die Attraktivität der Städte ist daher, dass nicht mehr nur die Männer, sondern gerade auch die jungen Frauen nach der Ausbildung dort eher einen Job finden. Ohne einen Blick auf die wirtschaftliche Attraktivität der Städte bleiben daher alle Reurbanisierungsthesen unvollkommen. In den Fokus rückt damit die wirtschaftliche Entwicklung der großen Städte.

### Die Beschäftigung in Großstädten nimmt deutlich zu

Der wirtschaftliche Strukturwandel in den großen Städten war in den vergangenen Jahrzehnten von zwei gegenläufigen Trends gekennzeichnet – dem Abbau von industriellen Arbeitsplätzen und der Expansion von Dienstleistungen. Per Saldo hat die Beschäftigung in den Städten dabei zwar zugenommen, das Tempo des Wachstums war aber deutlich niedriger als im Umland der Städte und in den weniger verdichteten Regionen Deutschlands. Dieser Prozess der räumlichen Dekonzentration von Arbeitsplätzen und Einkommen hielt bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre an.<sup>12</sup> Danach kam es jedoch zu einer Trendwende: Von 1999 bis 2002 ist die Beschäftigung in den großen Städten stärker gewachsen als im nationalen Durchschnitt. Diese Entwicklung setzt sich seither fort.

<sup>11</sup> Häußermann, H., Läßle, D., Siebel, W.: Stadtpolitik. Frankfurt a.M. 2008, 362 ff.

<sup>12</sup> Irmen, E., Blach, A.: Räumlicher Strukturwandel – Konzentration, Dekonzentration und Dispersion. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8, 1994, 445–464; Bade, F.-J., Niebuhr, A., Schönert, M.: Spatial Structural Change – Evidence and Prospects. HWWA Discussion Paper 87, 2000.

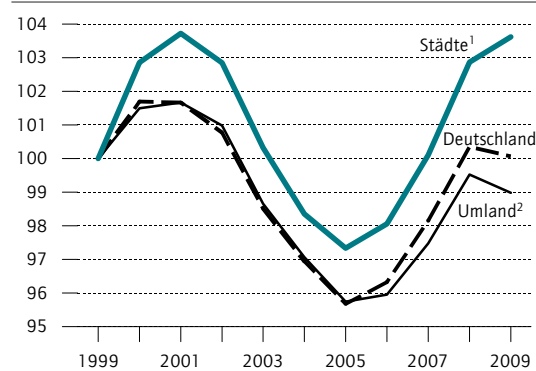
Von 1999 bis 2009 nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Städten mit mehr als einer halben Million Einwohnern um fast vier Prozent zu, während sie in Deutschland insgesamt stagnierte (Abbildung 3). Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, dass die Städte zunächst von dem durch die Internet-Blase angeheizten Boom Ende der 90er Jahre kräftig profitierten, während der darauf folgenden Rezession aber ebenso starke Beschäftigungseinbußen erlitten wie Deutschland insgesamt. In der Folgezeit setzte sich die Tendenz einer relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der Städte jedoch wieder durch. Besonders ausgeprägt war die Differenz zu den übrigen Regionen im Jahr 2009. Unter der jüngsten Wirtschaftskrise haben die großen Städte im Durchschnitt offenbar vergleichsweise wenig zu leiden.

Eine deutliche Veränderung gegenüber früheren Jahrzehnten ist auch bei der Beschäftigungsentwicklung im Umland der großen Städte zu beobachten. Diese Gebiete hatten lange Zeit wirtschaftlich besonders stark expandiert – auch weil viele Unternehmen ihre Produktion aus den dichten und teuren Kernstädten heraus verlagerten. In der hier betrachteten Periode entwickelte sich die Beschäftigung im Umland der großen Städte dagegen nur noch parallel zum nationalen Durchschnitt, seit 2005 bleibt sie sogar dahinter zurück. Die Städte haben also ihre Position in der räumlichen Arbeitsteilung nicht nur gegenüber weniger verdichteten Gebieten und ländlichen Regionen, sondern auch gegenüber ihrem Umland verbessert.

Abbildung 3

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Index 1999 = 100



- 1 Kreisfreie Städte mit mehr als einer halben Million Einwohnern.
- 2 Das Umland der Städte besteht aus den Land- und Stadtkreisen im Einzugsbereich der jeweiligen Kernstädte.

Quellen: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Schon seit 1999 entwickelt sich die Beschäftigung in den Städten besser als im Durchschnitt. Seit 2006 zeigt sich auch ein Vorsprung gegenüber dem jeweiligen Umland.

Tabelle 2

**Beschäftigte in Städten<sup>1</sup> nach Branchen 2009**

	Beschäftigte 1 000 Personen		Branchenstruktur in Prozent		1999 = 100	
	Städte	Deutschland	Städte	Deutschland	Städte	Deutschland
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>5 756</b>	<b>27 380</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>103,6</b>	<b>100,1</b>
Verarbeitendes Gewerbe	727	6 369	12,6	23,3	85,2	91,5
Wissensintensive Unternehmensdienste	1 086	2 945	18,9	10,8	123,0	115,4
Finanzdienste	384	1 003	6,7	3,7	101,5	96,2
Banken	236	703	4,1	2,6	102,7	93,8
Versicherungen	148	300	2,6	1,1	99,6	102,2
Beratungsdienste für Unternehmen	702	1 942	12,2	7,1	139,2	128,7
IT-Dienste	167	462	2,9	1,7	183,6	176,8
FuE-Dienste	58	179	1,0	0,7	117,7	133,8
Rechts- und Wirtschaftsberatung	303	782	5,3	2,9	146,3	127,2
Architektur- und Ingenieurbüros	94	326	1,6	1,2	94,7	92,7
Labors	23	74	0,4	0,3	126,6	142,4
Werbung	59	120	1,0	0,4	144,2	124,9

**1** Kreisfreie Städte mit mehr als einer halben Million Einwohnern.

Quellen: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

**Wissensintensive Dienstleistungen für Unternehmen** spielen in den großen Städten eine besondere Rolle. Sie haben einen höheren Anteil und wachsen schneller als im Landesdurchschnitt – wenn auch nicht in allen Teilbranchen.

Bei der Suche nach Gründen für die relativ günstige wirtschaftliche Entwicklung der großen Städte hilft die Unterscheidung zwischen Branchen, die ihre Leistungen überwiegend im lokalen Rahmen absetzen, und solchen, die auch auf überregionalen Märkten aktiv sind. Auf lokal orientierte Aktivitäten wie den Einzelhandel, den Nahverkehr, handwerkliche Leistungen, persönliche oder kommunale Dienste entfällt der Großteil der Gesamtbeschäftigung. Bei solchen Angeboten gibt es keine allzu großen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen.<sup>13</sup>

Völlig anders ist die Situation bei überregional orientierten Aktivitäten wie der industriellen Produktion oder vielen wissensintensiven Dienstleistungen. Hier hängt es von der Standortqualität der Regionen ab, welchen Anteil des nationalen oder internationalen Marktes sie gewinnen können. Von dem durch überregionale Aktivitäten erzielten Einkommen gehen wiederum Impulse auf den internen Wirtschaftskreislauf der Regionen aus.

**Überregionale Dienstleistungen expandieren stark**

Vor dem Hintergrund, dass insgesamt nicht mehr als 30 bis 40 Prozent der wirtschaftlichen Aktivitäten von Städten (und anderen Regionen) auf auswärtige

Märkte gerichtet sind,<sup>14</sup> stellt die Industrie mit einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung von knapp 13 Prozent immer noch einen wichtigen Pfeiler der städtischen Exportbasis dar (Tabelle 2). Seine Bedeutung geht allerdings weiter zurück. In den vergangenen zehn Jahren haben die deutschen Großstädte rund 15 Prozent ihrer Industriebeschäftigung verloren. Die Schrumpfung war damit fast doppelt so stark wie im nationalen Durchschnitt (8,5 Prozent).

Dass die Gesamtbeschäftigung der großen Städte in den vergangenen zehn Jahren dennoch zugenommen hat, ist zu einem erheblichen Teil auf ihre herausragende Position bei überregionalen Dienstleistungen zurückzuführen. Von besonderer Bedeutung sind dabei wissensintensive Dienste, die vorwiegend von Unternehmen in Anspruch genommen werden – Finanzierung, Versicherung, Beratung. Großstädte mit ihren vielfältigen Kontakt- und Austauschmöglichkeiten, ihrem Angebot an qualifizierten Arbeitskräften und ihren überregionalen Verkehrsverbindungen bieten offenbar besonders gute Bedingungen für Anbieter solcher Leistungen. Der Anteil dieser Dienste an der Gesamtbeschäftigung der Städte lag im Jahr 2009 bei 19 Prozent, in Deutschland insgesamt dagegen nur bei elf Prozent. Die Bedeutung dieser spezifischen Sektorstruktur für die wirtschaftliche Entwicklung der Städte liegt darin, dass sich die

**13** Beyers, W. B.: Services and the Changing Economic Base of Regions in the United States. The Service Industries Journal, 25, 2005, 461–476.

**14** Porter, M. E.: The Economic Performance of Regions. Regional Studies, 37, 2003, 549–578; Gornig, M.: Polarisierung der wirtschaftlichen Potenziale – Folgen von Tertiärisierung und Europäisierung für die Städte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 44, (II), 2005, 50–63.

meisten Teilbranchen der wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienste generell sehr dynamisch entwickeln. Als Zentren dieser Branchen profitieren die Städte von dem allgemeinen Trend in besonderem Maß.

Über diesen Struktureffekt hinaus haben sich die Städte aber auch deshalb wirtschaftlich besser entwickelt als andere Regionen, weil die wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienste dort nicht nur ein hohes Gewicht haben, sondern auch deutlich stärker gewachsen sind. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Branchen ist dort zwischen 1999 und 2009 um 23 Prozent gestiegen, in Deutschland insgesamt nur um gut 15 Prozent. Am größten war die Wachstumsdifferenz zugunsten der Städte mit jeweils 20 Prozentpunkten in der Rechts- und Wirtschaftsberatung und der Werbewirtschaft. Nur bei FuE-Diensten sowie physikalischen und chemischen Labors nahm die Beschäftigung in

den übrigen Regionen deutlich stärker zu als in den großen Städten.<sup>15</sup>

### Beschäftigungswachstum: Hamburg, München und Frankfurt vorn

Zwischen den einzelnen deutschen Großstädten zeigen sich zwar deutliche Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung. Über den Zeitraum von 1999 bis 2009 reicht die Spannweite von -1,6 Prozent für Berlin und Essen bis +9,6 Prozent für Hamburg (Abbildung 4). Der für den Durchschnitt der Städte festgestellte Verlauf wird aber keineswegs von wenigen extremen Fällen geprägt, er repräsentiert vielmehr den Gesamtrend: Von den 14 Städten wiesen nur drei eine Beschäftigungsentwicklung unter dem nationalen Durchschnitt auf, und die Abweichungen waren dabei nur gering. In sieben Städten war das Wachstum dagegen erheblich stärker als in Deutschland insgesamt. Die von den übrigen Städten etwas abgesetzte Spitzengruppe bildeten Hamburg, München und Frankfurt am Main.

Beim Blick auf den Gesamtzeitraum bleiben indes mögliche Trendwechsel in der Entwicklung von Städten verborgen. Wir haben daher zusätzlich zwei Teilperioden betrachtet: 1999 bis 2005 und 2005 bis 2009. Das Jahr 2005 bietet sich als Trennungslinie an, weil es einen allgemeinen Tiefpunkt der Beschäftigungsentwicklung in Deutschland markiert, und der darauf folgende Aufschwung deutliche räumliche Differenzierungen aufwies.

Die größte Veränderung im Verlauf des Untersuchungszeitraums hat Berlin vollzogen. Von 1999 bis 2005 hat die Hauptstadt ein Zehntel ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung verloren. Sie nahm damit den letzten Platz unter den Städten ein. In der zweiten Teilperiode wuchs die Beschäftigung dagegen um gut neun Prozent. Zusammen mit Hamburg liegt Berlin jetzt an der Spitze der Wachstumsrangfolge.<sup>16</sup> Auch die beiden anderen ostdeutschen Großstädte, Leipzig und Dresden, haben in den letzten Jahren ihre Position verbessert.

Dagegen ist die Beschäftigung in einigen Städten, die sich zuvor relativ günstig entwickelt hatten, zum

Abbildung 4

### Beschäftigungsentwicklung in Großstädten

Abweichungen von der Beschäftigungsentwicklung in Deutschland insgesamt in Prozentpunkten<sup>1</sup>



**1** Beispiel: In München ist die Beschäftigung über den gesamten Zeitraum von 1999 bis 2009 um fast acht Prozentpunkte stärker gestiegen als im nationalen Durchschnitt. In der ersten Teilperiode entwickelte sie sich sogar um 8,5 Prozentpunkte günstiger, von 2005 bis 2009 aber um fast einen Prozentpunkt ungünstiger als in Deutschland insgesamt.

Quellen: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

In den meisten Großstädten entwickelt sich die Beschäftigung besser als in Deutschland insgesamt. Leipzig und Berlin holen frühere Rückstände seit 2005 wieder auf.

**15** Die sektoral differenzierende Analyse der Beschäftigungsentwicklung wird hier auf wissensintensive Dienstleistungen für Unternehmen beschränkt. Auch in anderen Dienstleistungsbereichen wie dem Großhandel, dem Verkehrswesen, dem Informations- und Kommunikationssektor, touristischen Diensten, Gesundheits- und Bildungsdiensten oder nichtkommerziellen Organisationen (wie Parteien und Verbände) spielen überregionale und wissensintensive Aktivitäten eine Rolle. Eine umfassende Analyse im Zeitvergleich wird durch die Umstellung der amtlichen Wirtschaftszweigklassifikation im Jahr 2008 erschwert.

**16** Vgl. auch Geppert, K., Gornig, M., Drescher-Bonny, I., Wilke P., Ring, P.: Neue Wachstumschancen für Berlin. StadtWirtschaft 2009.



Beispiel München und Stuttgart, zuletzt nur unterdurchschnittlich gestiegen. Dort hat die Beschäftigung im Zug des konjunkturellen Aufschwungs von 2005 bis 2008 relativ schwach zugenommen, und sie sind von der aktuellen Krise relativ stark betroffen. Daraus kann indes nicht ohne weiteres auf dauerhaft ungünstigere Entwicklungspfade dieser Städte geschlossen werden.

Die einzelnen hier untersuchten Städte sind in der Branchenstruktur ihrer Exportbasis teilweise stark spezialisiert. Die Anteile der Industrie an der Gesamtbeschäftigung reichten im Jahr 2009 von sieben Prozent in Frankfurt am Main bis zu 24 Prozent in Duisburg. Ähnlich groß ist die Spannweite bei den wissensintensiven Unternehmensdiensten. Zwischen der jeweiligen Spezialisierung der Städte und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gibt es deutliche Zusammenhänge. So ist in Städten, die zu Beginn der Untersuchungsperiode hohe Anteile wissensintensiver Unternehmensdienste aufwiesen, die Beschäftigung im Allgemeinen auch relativ stark gewachsen. Industrieorientierte Städte zeigen dagegen in der Tendenz eine geringere Dynamik. Das Beispiel München macht aber deutlich, dass ein überdurchschnittlicher Industrieanteil nicht zwangsläufig mit einer relativ schwachen Entwicklung der Beschäftigung einhergehen muss.

### Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung bedingen sich

Die Bevölkerungs- und die Wirtschaftsentwicklung haben wir zunächst getrennt voneinander untersucht. Eine Reihe von Indikatoren weist indes darauf hin, dass die für beide Bereiche beobachteten Reurbanisierungstrends eng aneinander gekoppelt sind. Dafür spricht zunächst die zeitliche Parallelität. Besonders seit 2005 wachsen in den großen Städten die Bevölkerung und die Beschäftigung deutlich schneller als andernorts in Deutschland. Aber auch wenn man die räumlichen Differenzierungen betrachtet, fallen Parallelitäten auf. Wirtschaftlich dynamische Städte wie München, Hamburg oder Frankfurt am Main weisen auch besonders hohe Zuwächse gerade bei jungen Erwerbspersonen auf. Umgekehrt ist die Bevölkerungsentwicklung eher schwach in den Städten mit geringen Beschäftigungsgewinnen wie im Ruhrgebiet. In den ostdeutschen Städten Dresden und Leipzig, aber auch in Berlin, folgt der Zuwanderung eine steigende Dynamik der Beschäftigungsentwicklung.

Aber welches sind die Kräfte, die die räumlichen Konzentrationsprozesse vorantreiben? Sind sie auf der Seite der Bevölkerungs- oder der Wirtschaftsentwicklung zu suchen? Ist es die Wirtschaftsentwicklung und die damit verbundene Aussicht auf gute Jobs, die die Menschen in die Städte strömen lässt, oder wachsen

die Unternehmen in den großen Städten, weil sie dort die geeigneten Mitarbeiter finden? Für beide Einflussrichtungen gibt es gute Argumente.

Der wirtschaftliche Strukturwandel in entwickelten Volkswirtschaften ist ohne Zweifel durch eine zunehmende Bedeutung des Produktionsfaktors *Wissen* geprägt. Clusterbildung und Wissen-spill-overs spielen als Wettbewerbsfaktoren eine große Rolle und zwingen die Unternehmen, die Agglomerationsvorteile der großen Zentren wahrzunehmen.<sup>17</sup> Hoch qualifizierte Menschen, die generell räumlich mobiler sind als weniger Qualifizierte, werden von diesen Standorten angezogen.

Je knapper jedoch gut ausgebildete Menschen in der Wissensgesellschaft werden, umso eher können sie sich von solchen Sogwirkungen lösen. Es gibt empirische Hinweise darauf, dass hoch Qualifizierte bei ihrer Wohnortwahl inzwischen zumindest halbautonom handeln.<sup>18</sup> Die qualifizierten Köpfe – auch *creative Klasse* genannt – suchen Lifestyle mit interessanter Kunstszene und ethnischer Vielfalt, wie sie vorzugsweise in den großen Städten zu finden sind.<sup>19</sup> Weil also die Kreativen in den Städten leben wollen und die Wissensökonomie ihr Know-how benötigt, folgen die Unternehmen den Standortwünschen der Menschen.

Sicher scheint derzeit nur, dass beide Trends generell zu Gunsten großer Städte laufen und hier zu kumulativen Prozessen führen. Welche der Wirkungsrichtungen aber überwiegt, ist schwer zu beurteilen. Dies lässt sich vermutlich auch nicht generell bestimmen. So scheint die dynamische Entwicklung von Bevölkerung und Beschäftigung in München stark durch die wirtschaftliche Seite getrieben zu sein. Große etablierte Unternehmen bieten hier hoch bezahlte Jobs und gute Aufstiegsmöglichkeiten. Anders sieht dies möglicherweise in Berlin aus. Hier zeigt sich die Wissensökonomie eher von ihrer fragmentierten Seite. Die in Berlin starke Medien-, Kunst-, und Kulturszene bietet häufig nur befristete Arbeitsverträge und schwankende Einkommen.<sup>20</sup> Hier besitzen die Produzenten nicht die Kraft dauerhaft Humankapital zu binden. Sie müssen

<sup>17</sup> Storper, M. E., Manville, M.: Behaviour, Preferences and Cities: Urban Theory and Urban Resurgence. *Urban Studies*, 43, (8), 2006, 1247–1274

<sup>18</sup> Markusen, A., Schrock, G.: The Distinctive City: Divergent Patterns in Growth, Hierarchy and Specialisation. *Urban Studies*, 43, 2006, 1301–1323; siehe auch für die USA Glaeser, E. L., Gottlieb, J. D.: Urban Resurgence and the Consumer City. *Urban Studies*, 43, 2006, 1275–1299 und für Deutschland Borck, R.: Consumption and Social Life in Cities: Evidence from Germany. *Urban Studies*, 44, 2007, 2105–2121.

<sup>19</sup> Florida, R.: *The Rise of Creative Class – and How It's Transforming Work, Leisure, Community, and Everyday Life*. New York 2002.

<sup>20</sup> Mundelius, M.: Einkommen in der Berliner Kreativbranche: Angestellte Künstler verdienen am besten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 9/2009.

also dort hingehen beziehungsweise dort wachsen, wo die Kreativen sind. Diese wiederum können mit der Fragmentierung nur dann leben, wenn wie im Fall Berlins ein großer räumlicher Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

## Fazit

Die großen Städte Deutschlands haben an Attraktivität gewonnen – sowohl als Wohnorte als auch als Unternehmensstandorte. Die Einwohnerzahl der untersuchten Städte ist von 1999 bis 2008 um fast drei Prozent gestiegen, während die Bevölkerung Deutschlands insgesamt leicht zurückging. Maßgeblich dafür waren starke Zuwächse der Städte bei jungen Menschen, aber auch in der Altersgruppe von 30 bis 50 Jahren entwickelten sich die Städte deutlich günstiger als die übrigen Regionen des Landes. Eine ähnliche Verschiebung in der räumlichen Struktur ist für die Wirtschaft zu beobachten. In den vergangenen zehn Jahren nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den großen Städten um fast vier Prozent zu, in Deutschland insgesamt stagnierte sie. Die Städte verloren zwar weiter industrielle Arbeitsplätze, dies wurde aber durch die starke Expansion wissensintensiver Dienstleistungen mehr als ausgeglichen.

Die beiden Trends in der räumlichen Entwicklung Deutschlands hängen zweifellos miteinander zusammen, Ursache und Wirkung lassen sich aber nicht eindeutig identifizieren. Auf der einen Seite werden gut ausgebildete Menschen vom Jobangebot in erfolgreichen Städten angezogen, sie folgen also den Unternehmen. Andererseits gibt es inzwischen empirische Hinweise darauf, dass sich hoch Qualifizierte bei ihrer Wohnortwahl immer mehr nach der Lebensqualität und nicht so sehr nach dem Arbeitsplatzangebot richten. Da Know-how in der Wissensgesellschaft knapp ist, folgen die Unternehmen den Standortwünschen dieser Menschen.

An die Tatsache, dass junge Menschen sich vermehrt für das Leben in Großstädten entscheiden und dort auch Familien gründen und Kinder erziehen, knüpfen

sich vielfältige politische Implikationen, unter anderem für die Stadtpolitik. Einzelne Städte können den Trend in der Wohnortwahl für sich nutzen, wenn sie die städtebaulichen und institutionellen Bedingungen für eine gute Kinderbetreuung schaffen. Und Deutschland insgesamt würde ökonomisch davon profitieren, wenn Wohnortpräferenz und Kinderwunsch noch besser in Einklang gebracht werden könnten.

Die neue Attraktivität der Großstädte zieht gerade besser verdienende Bevölkerungsschichten zurück in die Stadt oder veranlasst junge Akademiker und Akademikerinnen nach dem Studium in den innerstädtischen Wohnquartieren zu bleiben. Auf der einen Seite steigt damit die Chance auf mehr soziale Mischung in den Städten.<sup>21</sup> Auf der anderen Seite nimmt aber auch die Gefahr von Verdrängungseffekten in Form von Gentrifizierung zu.<sup>22</sup> Der Drang in die Innenstädte ist häufig auf einzelne bestimmte Altbauquartiere fokussiert. Büronutzungen und die Wohnungsnachfrage besser verdienender Haushalte lassen in den betreffenden Gebieten die Mieten steigen und verdrängen damit sozial benachteiligte Personengruppen aus ihren angestammten Wohnquartieren. Aufgabe insbesondere der Stadtentwicklungspolitik wäre es, durch entsprechende Planungen und Maßnahmen die Raumanprüche der verschiedenen Gruppen möglichst friktionsfrei zu befriedigen. Hierbei können Rückführungen gewerblicher und logistischer Brachflächen ebenso wichtig sein wie Instrumente der Städtebauförderung. Von großer Bedeutung sind auch nicht-bauliche Maßnahmen zum Beispiel des Quartiermanagements.<sup>23</sup>

**JEL Classification:**  
J2, L8, R3

**Keywords:**  
Knowledge-intensive  
services,  
Urban renaissance,  
Population growth

<sup>21</sup> Häußermann, H., Siebel, W.: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a.M./ New York 2004.

<sup>22</sup> Friedrichs, J.: Gentrification. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichwörter. Opladen 2000, 57–66.

<sup>23</sup> Becker, H., Böhme, C.: Programmbegleitung – Aufgaben und Methoden. In: Deutsches Institut für Urbanistik, Strategien für die Soziale Stadt, Berlin 2003, 30–55.

## Sechs Fragen an Martin Gornig

### „Die Stadtbevölkerung wächst gegen den Trend“



**Herr Professor Gornig, Sie haben die Entwicklung der großen Städte in Deutschland analysiert. Wie entwickelten sich die Bevölkerungszahlen der großen Städte in den letzten Jahren?**

Positiv, und das ist eigentlich das Erstaunliche, denn die Entwicklung läuft gegen den Trend! Wir reden alle von der schrumpfenden Bevölkerung in Deutschland. Das stimmt auch für den nationalen Durchschnitt, aber die großen Städte, die wir betrachtet haben, die wachsen. Die Differenzen sind allerdings nicht groß: In den letzten zehn Jahren nahm die Bevölkerung insgesamt um etwa zwei Prozent ab, in den Städten nahm sie drei Prozent zu.

**Was zieht die Menschen in die Städte?**

Das ist eine Kombination aus verändertem Lebensstil, verändertem Rollenverhalten auch der Partner zueinander, aber gleichzeitig auch eine Veränderung am Arbeitsmarkt. Wir haben nicht mehr diese stabilen Verhältnisse, in denen ein Unternehmen einem Bewerber für die nächsten 20 Jahre Arbeit bietet, sondern wir haben gerade bei den höher qualifizierten instabile Beschäftigungsverhältnisse. Dementsprechend gehen sie dahin, wo vielleicht auch morgen noch ein anderer Arbeitgeber ihnen etwas anbieten kann, und das sind im Regelfall die großen Städte.

**Wen zieht es in die Städte?**

Die gut ausgebildeten jungen Menschen und vor allem auch mehr Frauen als in der Vergangenheit.

**So neu ist es ja nicht, dass die Menschen in die Städte ziehen.**

Nein, die Leute hatten immer schon besonders gute Chancen, sich in den Städten ausbilden zu lassen, es gab schon immer bessere Chancen, dort Arbeit zu finden, aber die Quantität ist eine andere. Immer mehr Menschen gehen zur Hochschule, immer mehr Menschen suchen hoch qualifizierte Jobs und immer instabiler werden die Beschäftigungsverhältnisse, sodass man immer weniger raumneutral an ein Unternehmen gebunden ist. Entscheidend ist, dass die Idee von einem Leben in der Stadt heute

einfach für mehr Menschen eine Rolle spielt als in der Vergangenheit. Und das sehen wir jetzt sehr deutlich in den Zahlen.

**Welche Folgen hat das für die Städte?**

Die Städte müssen sich darauf einstellen. Sie werden vor allem wichtiger für die Fragen der zukünftigen demographischen Entwicklung. Vermehrt werden die Kinder heute in den Städten geboren, dementsprechende Infrastrukturen werden benötigt. Eine kinderfreundliche Infrastruktur ist dabei nicht nur für die einzelne Stadt wichtig, sondern auch für Deutschland insgesamt, damit die Geburtenraten möglichst stabil bleiben oder sogar steigen.

**Ist denn die Beschäftigungslage in den Städten tatsächlich besser?**

Nein. Es ist die Frage, welche Chancen sich bieten. Und die Chancen sind umso größer, je mehr Angebote es an einem Ort gibt. Gerade wenn sie keinen festen Arbeitsplatz mehr

angeboten bekommen, spielt es eine große Rolle, ob sie eine Option sehen. Und die Arbeitsmärkte in den Städten sind eben groß. In Berlin gibt es rund eine Million Arbeitsplätze. Auch wenn das insgesamt nicht genug sind, für den Einzelnen sind das natürlich relativ viele.

**Vor welchen Herausforderungen stehen Städteplaner und Stadtentwickler?**

Wenn mehr Menschen auf wenig Raum zusammenleben wollen, dann steigt natürlich die Konkurrenz um Flächen und vor allem um Wohnraum. Es besteht die Gefahr, dass die Mieten steigen und eher sozial schwache Menschen, die bisher in den Innenstädten gelebt haben, verdrängt werden. Daher ist es eine Aufgabe, diesen Prozess möglichst reibungslos zu organisieren. Man kann nicht verhindern, dass die Mieten steigen, man kann aber Ventile schaffen. Zum Beispiel kann man durch Erschließung neuer Flächen auf alten Brachen der Entwicklung etwas den Druck nehmen.

Kinder kommen  
» heute vermehrt in den «  
Städten zur Welt.

Prof. Dr. Martin Gornig,  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter,  
Abteilung Innovation,  
Industrie, Dienstleistung  
am DIW Berlin

Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.  
Das vollständige  
Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

### Lange Nacht der Wissenschaften am 5. Juni 2010 – Beteiligung des DIW Berlin

#### 16:30 Uhr **Foyer des DIW Berlin**

##### **Feierliche Eröffnung der Ausstellung: „Jedermann dienstbar, niemandem untertan“ – Die Geschichte des DIW Berlin 1925–2010**

Die Ausstellung zeigt die Geschichte des Instituts im Spiegel der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands – von der Wirtschaftskrise der Weimarer Republik über die Kriegswirtschaft des Nationalsozialismus zu Wirtschaftswunder und Planwirtschaft, Ölkrise, Wiedervereinigung und der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2009. An all diesen Wendepunkten der deutschen Wirtschaftsgeschichte hat das DIW Berlin eine Rolle als Berater, Gutachter, Kommentierer und oft unbequemer Kritiker gespielt. Und es hat gleichzeitig sein eigenes Angesicht immer wieder geändert: Von der *Gelehrtenrepublik* unter Ferdinand Friedensburg zum modernen *Think Tank*. DIW-Präsident Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann und der neue Kuratoriumsvorsitzende Prof. Dr. Bert Rürup werden die Ausstellung feierlich am 5. Juni 2010 um 16.30 im Foyer des DIW Berlin eröffnen.

#### ab 17:00 Uhr **Forschen am sozialen Leben (Lounge)**

Die Zahl der Armen ist gewachsen. Frauen verdienen weniger als Männer. Wer sich sozial engagiert, ist glücklicher. Diese Ergebnisse basieren auf Daten des SOEP – der größten und am längsten laufenden sozial-wissenschaftlichen Erhebung in Deutschland. Wie entsteht so eine Studie? Wer denkt sich die Fragen aus? Was wird damit erforscht?

Jährlich beantworten ca. 20 000 Personen Fragen zu ihrer Arbeit und Gesundheit, zu ihrem Einkommen, ihrer Familie und ihrer Lebenszufriedenheit. Wir zeigen Ihnen wie die Studie entsteht, wer sich die Fragen ausdenkt und was mit den Antworten erforscht werden kann. Wer möchte, kann selbst den Fragebogen beantworten, bei einem Verhaltensexperiment oder einem Test der körperlichen Fitness mitmachen.

#### 17.00 Uhr **Klimaschutz: jetzt erst recht!**

Claudia Kemfert, EVU (Schumpeter Saal)

Klimaschutz ist *der* Wirtschaftsmotor für unser Land. Gerade in der Krise muss es daher heißen „jetzt erst recht“ statt „erstmal nicht“. Durch gezielte Investitionen kann der Klimaschutz drei Krisen meistern: Wirtschaftskrise, Klimakrise, Energiekrise. Warum es wichtig ist, schon heute damit zu beginnen, erklärt Umweltökonomin Claudia Kemfert.

#### 18.00 Uhr **Lernen aus der griechischen Krise: Europa braucht mehr Governance**

Ansgar Belke, KON (Schumpeter Saal)

Griechenlands Schuldenproblem ist noch lange nicht gelöst. Dennoch verdienen die Sparmaßnahmen der griechischen Regierung Vertrauen, meint Wirtschaftsforscher Ansgar Belke. Er erläutert Vor- und Nachteile einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftsregierung, eines Europäischen Währungsfonds und die Frage, ob die Krise auch uns bedrohen kann.

## Veranstaltungen des DIW Berlin

**19.00 Uhr**      **Schulden, Steuern, Staatsfinanzen:  
Wie der Staat seine Finanzen in Ordnung bringen kann  
und was wir davon haben,**

Stefan Bach, STT (Schumpeter Saal)

Die Steuereinnahmen brechen weg, die Staatsausgaben steigen. In diesem Jahr steigen die Staatsschulden kräftig, obwohl die Wirtschaft wieder wächst. Wer das bezahlt? Natürlich wir alle – über höhere Steuern und weniger öffentliche Leistungen. Wirtschaftsforscher Stefan Bach erläutert wie Steuern, Staatsfinanzen und Staatsschulden zusammenhängen.

**20.00 Uhr**      **Diagnose Berlin: Zwischen industriellem Aderlass und neuem  
Wachstum**

Martin Gornig, IID, (Schumpeter Saal)

20 Jahre nach der Einheit hinkt Berlin noch anderen deutschen und europäischen Metropolen hinterher. Jetzt gibt es Anzeichen für eine Trendwende. Erfahren Sie von Regionalforscher Martin Gornig, wie die Berliner Kreativwirtschaft, aber auch die Berliner Industrie zu Wachstumsmotoren der Stadt werden können.

**21:00 –  
22:30 Uhr**      **Richtig investieren**

Georg Weizsäcker (Schumpeter Saal)

Finanzielle Entscheidungen, die wir treffen – oder versäumen zu treffen – können erhebliche Folgen für unser Leben haben. Trotzdem machen wir viele vermeidbare Fehler. Verhaltensökonom Georg Weizsäcker erklärt, welche dies sind, und lädt Sie ein, mit ihm zu experimentieren und nach Herzenslust Fehler zu machen – heute garantiert ohne böse Verluste.

**23.00 Uhr**      **Innovationsindikator: Wie innovativ ist Deutschland?**

Jens Schmidt-Ehmcke, IID (Schumpeter Saal)

Warum wächst die Wirtschaft? Das Zauberwort heißt: Innovation. Was ist damit gemeint? Wie lässt sich die Innovationskraft eines Landes messen? Die Wirtschaftsforscher zeigen Ihnen, wie sie komplexe Fragen mit Indikatoren beantworten können, wo die Stärken und Schwächen deutscher Innovationen liegen und warum einige Länder noch innovativer sind.

**24:00 Uhr**      **Wer wird Fußballweltmeister? Zur Ökonomie des Sports  
(mit Bekanntgabe der WM-Platzierung 2010)**

Gert Wagner, SOEP/Jürgen Gerhards, FU Berlin

Können Wirtschafts- und Sozialforscher auch Sport-Ergebnisse im Voraus berechnen? Gert G. Wagner und Jürgen Gerhards treten den Beweis an: Auf der Basis ökonomischer Modelle, prognostizieren sie den Ausgang der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika – und zeigen, dass Sport und Wirtschaft mehr verbindet, als man auf den ersten Blick vermuten könnte.

**17:00 –  
22:00 Uhr**      **Spielen und Basteln am DIW Berlin**

Kinderbetreuung während der Vorträge

Konstantin A. Kholodilin, Maximilian Podstawski, Boriss Siliverstovs

### **Do Google Searches Help in Nowcasting Private Consumption? A Real-Time Evidence for the US**

In this paper, we investigate whether the Google search activity can help in nowcasting the year-on-year growth rates of monthly US private consumption using a real-time data set. The Google-based forecasts are compared to those based on a benchmark AR(1) model and the models including the consumer surveys and financial indicators. According to the Diebold-Mariano test of equal predictive ability, the null hypothesis can be rejected suggesting that Google-based forecasts are significantly more accurate than those of the benchmark model. At the same time, the corresponding null hypothesis cannot be rejected for models with consumer surveys and financial variables. Moreover, when we apply the test of superior predictive ability (Hansen, 2005) that controls for possible data-snooping biases, we are able to reject the null hypothesis that the benchmark model is not inferior to any alternative model forecasts. Furthermore, the results of the model confidence set (MCS) procedure (Hansen et al., 2005) suggest that the autoregressive benchmark is not selected into a set of the best forecasting models. Apart from several Google-based models, the MCS contains also some models including survey-based indicators and financial variables. We conclude that Google searches do help improving the nowcasts of the private consumption in US.

#### **Discussion Paper Nr. 997**

April 2010

Eileen Trzcinski, Elke Holst

### **Gender Differences in Subjective Well-Being in and out of Management Positions**

This study used data from the German Socio-economic Panel to examine gender differences in the extent to which self-reported subjective well-being was associated with occupying a high-level managerial position in the labour market, compared with employment in non-leadership, non-high-level managerial positions, unemployment, and non-labour market participation. Our results indicated that a clear hierarchy exists for men in term of how status within the labour market was associated with subjective life satisfaction. Unemployed men were the least satisfied, followed by men who were not in the labour market, while men in leadership positions reported the highest level of subjective life satisfaction. For women, no statistically significant differences were observed among women in high-level managerial positions, women who worked in non-high-level positions, and women who specialized in household production, with no market work. Only women who were unemployed reported lower levels of life satisfaction, compared with women in other labour-market statuses. Our results lend evidence to the contention that men can "have it all", but women must still choose between career and family in Germany. We argue that interventions need to address how the non-pecuniary rewards associated with high-level managerial and leadership positions can be increased for women. Such policies would also likely serve to mitigate the "pipeline" problem concerning the number of women who are available to move into high positions in the private sector.

#### **Discussion Paper Nr. 998**

April 2010

Kai-Uwe Müller, Viktor Steiner

### **Labor Market and Income Effects of a Legal Minimum Wage in Germany**

In view of rising wage and income inequality, the introduction of a legal minimum wage has recently become an important policy issue in Germany. We analyze the distributional effects of a nationwide legal minimum wage of 7.50 € per hour on the basis of a microsimulation model which accounts for the complex interactions between individual wages, the tax-benefit system and net household incomes, also taking into account potential employment effects as well as indirect effects on consumption. Simulation results show that the minimum wage would be rather ineffective in raising net household incomes and reducing income inequality, even if it led to a substantial increase in hourly wages at the bottom of the wage distribution. The ineffectiveness of a minimum wage in Germany is mainly due to the existing system of means-tested income support and the position of minimum wage earners in the income distribution.

#### **Discussion Paper Nr. 1000**

April 2010

Elke Holst, Anita Wiemer

### **Zur Unterrepräsentanz von Frauen in Spitzengremien der Wirtschaft: Ursachen und Handlungsansätze**

The paper proceeds from the assumption that the inequalities of opportunity between men and women on the labor market and in society overall tend to consolidate in the management bodies of large companies. The predominance of men on the supervisory boards of Germany's largest private sector companies has created a 'male monoculture' there. In the literature, structural and ideological barriers are identified as the reasons for this severe underrepresentation of women. Increasing the percentage of women in management positions in the private sector would still require the support of upper-level (male) management. In other countries, progress has already been made in this area with the use of quotas.

#### **Discussion Paper Nr. 1001**

Mai 2010

#### **Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

#### **Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

#### **Chefredaktion**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

#### **Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

#### **Lektorat**

Dr. Erika Schulz

#### **Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-897 89-249  
presse@diw.de

#### **Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01 805-19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

#### **Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

#### **Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### **Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier



Schüssler 2008

## Für den Euro: Sparen, sanieren, exportieren

von Klaus F. Zimmermann \*

Sparen, sanieren, exportieren – diese Vokabeln drohten nach der Wirtschaftskrise 2008/2009

zu Unworten zu werden. Voodoo-Ökonomen setzten auf immer größere Staatsdefizite und ungehemmten privaten Konsum. Öffentlichkeit und Politik ließen sich anstecken. Selbst massive Steuersenkungen schienen denkbar. Rechtzeitig eine konsequente Stabilisierung der Staatshaushalte und den Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen zu planen, wurde verpasst. Griechenland wurde gar empfohlen, seine Defizite auszuweiten. Die Finanzmärkte blieben dabei weitgehend unreguliert – trotz aller Absichtserklärungen.

Das alles rächt sich jetzt, da die Marktgesetze wieder ihre Rechte fordern. Die internationale Spekulation deckt erbarmslos wirtschaftliche Schwächen auf und überhöht sie, um damit Geld zu verdienen. Auch nach der massiven Intervention von IWF und EU für Griechenland kann niemand mehr glauben, dass es ohne ein konsequentes Schuldenmoratorium gehen wird. Portugal und Spanien können jederzeit folgen. Über Nacht steht so sogar der Euro auf dem Spiel.

Dabei hat man es besser gewusst. Schon bei der Planung der Konjunkturprogramme im Dezember 2008 wurde diskutiert, wie infolge von Exzessen bei der öffentlichen Verschuldung die Finanzierungskosten explodieren und ganze Staaten insolvent werden können.

Schon lange vor der Bundestagswahl hatte ich deshalb die Bekämpfung der krisenbe-

dingt ausufernden Staatsverschuldung zur wichtigsten Priorität jeder neuen Regierung erklärt und vor den Schatten einer aufkommenden Inflation gewarnt. Als Signal sollte die Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent angehoben werden.

Die deutsche Budgetsanierung ist mit der neuen Krise des Euro noch wichtiger geworden. Denn entscheidend für die Zukunft der Währung ist jetzt nicht, dass Griechenland, Portugal und Spanien sparen. Entscheidend ist, dass dies die großen Kernstaaten des Euro tun, Deutschland allemal voran. Offensichtlich wird auf den Finanzmärkten geglaubt, dass die öffentliche Verschuldung in der Euro-Zone nicht zu bewältigen ist. Es kommt deshalb darauf an, hier Vertrauen zurückzugewinnen. Es bedarf einer glaubwürdigen Revitalisierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und überzeugender Sanierungsmaßnahmen.

Sparen für den Euro, heißt deshalb auch eine rasche Stabilisierung der deutschen Staatshaushalte. Das geht durch Anhebungen der Mehrwertsteuer und der vermögensbezogenen Steuern. Und durch Subventionsabbau etwa bei der Pendlerpauschale und den Steuerbefreiungen von Nacht- und Wochenendzuschlägen. Erleichtert wird dies dadurch, dass der kriselnde Euro den Export und damit die Konjunktur stärkt.

Wir müssen uns also jetzt wieder auf das konzentrieren, was uns stark gemacht hat: Sparen, sanieren, exportieren. Sonst verlieren wir in dieser Krise.

\* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).